

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreise: drei Monate 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle: Dresden-Alt. / Postfach 17259 / Postfachkonto: Dresden Alt. 18691 / c. rechnungen: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde / Anzeigenpreise: die neunmal gepaltene Non-ardreilege oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restamexerie anmährend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme montags bis 6 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. / Osterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 30. Juli 1929

Nummer 175

Wir marschieren trotz Verbot!

Gewaltige Antifriedenskundgebungen im Ruhrgebiet, Rheinland, Saargebiet, Thüringen und an der Waffertante / Sozialdemokraten fordern Verbot der Antifaschistischen Arbeiterwehren — Giftgasfunde in Berlin / Marschiert am 1. August unter den Fahnen der Kommunistischen Partei!

Rotes Grenztreffen

Ein machtvoller Aufmarsch zum 1. August

Rheinheim, 29. Juli. Am Sonntag fand in Rheinheim an der deutsch-schweizerischen Grenze ein Rotes Grenztreffen statt. Schon Minuten vor Beginn der Kundgebung teilte die Polizei mit, daß die Kundgebung verboten sei. Eine große Empörung bemächtigte sich der Arbeiter. Unter dem Druck der Arbeiter mußte die Polizei des Sozialdemokraten Woom Kimmels das Verbot wieder zurückziehen, nachdem es schon durch die Schärfe an allen Straßenecken platziert worden war. Die Demonstration wurde mit großer Begeisterung durchgeführt und führte bis zur Rheinbrücke zu den Schweizer Grenzposten. Dort wurde der Zugang zur Schweiz durch die Polizei mit Revolvern in der Hand verweigert. Angesichts der Grenzpostenproklamation fand nochmals eine Kundgebung statt, worauf dann die Demonstration zur deutschen Grenze zurückkehrte. Als die Demonstration schon fast wieder in Deutschland war, machten die Schweizer Grenzsoldaten einen Sturmangriff. Es wurde auf alle, auch auf die am Schluß des Demonstrationszuges marschierenden Arbeiterfrauen und -kinder eingehauen. Eine ungeheure Empörung hemdschürzte sich der Demonstration und es kam zu einem lebhaften Handgemenge auf der Brücke. Dabei wurden zwei Grenzsoldaten der Schweiz die Gummihäuptel abgenommen.

Internationales Meeting in Essen

Essen, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Seitern fanden internationale Massenmeetings gegen imperialistische Kriege in Eilen, Pochum, Gelsenkirchen und Gladbeck statt. Die Kundgebungen, auf denen auch ausländische Redner sprachen, nahmen einen äußerst eindrucksvollen Verlauf. Die Beteiligung der Arbeiter, besonders in Gelsenkirchen und Eilen, war sehr hoch. Die Polizei ging nach einheitlichem Programm im ganzen Ruhrgebiet gegen die antifaschistische Abwehrorganisation Ruhrwehr vor. Bei allen Demonstrationen kam es auf Grund von Proklamationen der Polizei zu starken Zusammenstößen. Schwarze Hundst und rote Schläge der Ruhrwehr wurden öfters beibehalten. Wahre Kämpfe fanden um die Fahnen statt, von denen jedoch keine einzige in die Hände der Polizei fiel. Eine große Menge von Verhaftungen wurde vorgenommen.

unter Teilnahme französischer Genossen auf einer Anhöhe eine eindrucksvolle Kundgebung abgehalten. Es sprachen Vertreter der sozialistischen Parteien, des Zentralkomitees und der französischen Arbeiterpartei, Delegierte aus Baden, aus der Pfalz und Württemberg. Angesichts dieses Massenauftretens wogte es die Polizei nicht, die Arbeiterhaft zu präzisieren, und so verließ das Grenztreffen dank musterbildender Disziplin der Teilnehmer ohne Zwischenfälle.

Massenaufmarsch im Saargebiet

Saarbrücken, 29. Juli. In Groß-Röseln an der französischen Grenze fand gestern ein machtvoller Aufmarsch der Saarproleten unter Führung der Kommunistischen Partei statt. Über 4000 bis 5000 Arbeiter waren vor Rod, Auto und Eisenbahn dem Rufe zu diesem internationalen Grenztreffen mit den französischen Genossen gefolgt. Die Polizei, in großer Anzahl beritten, verlor alles, um eine Verhinderung zu verhindern. Die Grenze war durch verärrte Grenzwachposten der Franzosen gesperrt. Dem Demonstrationzug in Klein-Röseln wurde der Grenzübergang durch eine französische Patrouille verweigert. Trotzdem wurde

Freidenter demonstrieren für die UGSR

Ludwigshafen, 29. Juli. In Neustadt in der Pfalz fand gestern ein Arbeitertreffen statt, das von etwa 2000 Teilnehmern aus der Pfalz, Eilen, Saarbrücken, Baden und dem Saargebiet besucht war. Das Treffen handelte von der Gegenwart der Reformen ganz unter dem Zeichen des Kampfes gegen die drohende Kriegsgefahr. „Verteidigt die Sowjetunion!“ „N. a. sprach ein deutscher Arbeiter, der erklärte, daß der Freitagskampf der Ausgeborenen und Unterdrückten in allen Ländern nur gegen die Bourgeoisie, gegen die Kommintern und gegen die Sozialdemokratie geführt werden könne.“ Das Treffen war ein wichtiger Aufmarsch zur Antifriedensdemonstration am 1. August.

Trotz Verbot heraus auf die Straße!

Moskau, den 28. Juli 1929. Die Genossen Thälmann, Kimmels und Veom sind in Leninград eingetroffen, wo sie auf dem Bahnhof von Vertretern der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, sowie von Betriebsdelegationen begrüßt wurden. In einer Massenversammlung erklärte Genosse Thälmann u. a.: „Der Ueberfall auf die Ostbahn zeigt, daß die Kapitalisten jeden Augenblick bereit sind, den Krieg zu entfesseln. Alle revolutionären Arbeiter Weltens und die Kommunisten der ganzen Welt werden jedoch die Sowjetunion verteidigen. Am 1. August wird ein bedeutendes Proletariat der Sowjetunion und Deutschlands befehlen. Jeder Verbot und Drohung der Sozialfaschisten können das deutsche Proletariat wehren, auf die Straße zu gehen und die kommunistischen Fahnen zu entfalten.“ Nach Reden des Genossen Veom und eines Mitgliedes der KP Chinas, eines Arbeiters aus Schanghai, entbot die Versammlung ihre Grüße an die KPD, an den KPB, und an die KP Chinas. Ebenso wurden Begrüßungsresolutionen an die KPD und an das ZK der KPD angenommen. Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse benützt die Rede des Genossen Thälmann zu einer infamsten Dummheit und gibt sie vollständig entstellt wieder. Das was Genosse Thälmann ausführt, ist der Willensausdruck aller revolutionären Arbeiter. Die Kommunisten werden trotz Verbot, trotz Polizeiterror sich das Recht, auf die Straße zu gehen, nicht nehmen lassen.

Giftgas in Berlin

Berlin, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Bei Erdarbeiten in Wilmersdorf wurden Tausende von Umhüllten Tränengas entdeckt. Die Behörden versuchen, den Fund zu beschönigen, indem versichert wird, daß das Tränengas zum Zwecke der Unbrauchbarmachung vergraben wurde. Es ist klar, daß diese Darstellung völlig erlogen ist. Das Giftgas wurde vergraben, um zu geeigneter Zeit im Krieg und Bürgerkrieg Verwendung zu finden. Dieser neue Beweis für die geheimen Rüstungen Deutschlands zeigt den Arbeitern, wie drohend der Krieg ist.

Dazu wird noch gemeldet: Am Montagmittag wurde auf dem Grundstück Wilmersdorf, Varstraße 45, von dort mit Regen von Gasrohren beschäftigten Arbeitern eine große Menge von Gasambullen gefunden, die Tränengas enthielten. Da diese Ambullen, die zu Tausenden in großen Glasbehältern untergebracht waren, sofort bei der leichten Berührung zerbrachen und Gas ausströmen ließen, mußte die Arbeit eingestellt werden. Die dort beschäftigten Arbeiter sind der Meinung, daß es die herbeigeholte Feuerwehre trat mit Gasmasken an. Die dort beschäftigten Arbeiter sind der Meinung, daß es die herbeigeholte Feuerwehre trat mit Gasmasken an. Die dort beschäftigten Arbeiter sind der Meinung, daß es die herbeigeholte Feuerwehre trat mit Gasmasken an. Die dort beschäftigten Arbeiter sind der Meinung, daß es die herbeigeholte Feuerwehre trat mit Gasmasken an.

Wie außerdem mitgeteilt wird, handelt es sich um drei verschiedene Sorten von Tränengas, um gelbe, grüne und schwarze Sorten. Nach bisherigen Erfahrungen der dort beschäftigten Arbeiter ist das schwarze Gas von der gefährlichsten Wirkung. Der Träneneis dauert stundenlang an.

Die täglichen Verbrechen an den Arbeitern

Schlagwetterexplosion bei Waldenburg

23 Tote, 7 Schwere- und 3 Leichtverletzte

III. Breslau, 30. Juli. Am Montagabend gegen 19 Uhr ereignete sich auf der Friedhofsanlage in Waldenburg eine Schlagwetterexplosion, von der 23 Bergleute betroffen wurden. 23 Mann konnten nur als Leichen geborgen werden, während 12 Mann lebend zutage gebracht wurden. Sie wurden sofort in das Anaplastiklazarett übergeführt. Von diesen sind nach den Angaben des Lazarettarztes 7 schwer- und 5 leichtverletzt. Die Ursache der Explosion liegt noch nicht fest.

Schlagwetterexplosion in einem belgischen Bergwerk III. Brüssel. Durch eine Schlagwetterexplosion im Kohlenbergwerk Wambourg in Damprem bei Charleroi wurden drei Bergleute getötet.

Explosion in einer Mainzer chemischen Fabrik III. Mainz. Bis bisher noch nicht bekannter Ursache ereignete sich am Montag gegen elf Uhr in der Zweigfabrik des Vereins für Chemische Industrie AG. Mainz-Kumbach im ersten Stock eines dreistöckigen Fabrikgebäudes eine Explosion. Durch Stichflammen und umherfliegende Glenscheibe wurden drei Arbeiter schwer verletzt und wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Feuerwehren von Mainz und verschiedene Fabrikwehren konnten am Brandherd nichts mehr ausrichten und mußten sich auf die Rettung der umliegenden Gebäude beschränken.

Soweit die III-Meldung. Wir kennen aber die Ursache: Die Nationalisierung, die Antireberet, die Sparmaßnahmen der Ausbeuter, wenn es sich um den Schutz von Arbeiterleben in den Betrieben handelt. Diese Verbrechen der Kapitalisten dürfen die Arbeiter nicht dulden. Sie müssen den Kampf gegen diesen Arbeitermord organisieren und in jedem Betrieb einen revolutionären Vertrauensrat bilden, der mit aller Kraft gegen die verhassten Nationalisierungsmethoden auftritt. Die Belegschaften müssen es ablehnen, ohne genügende Betriebssicherheit ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Berichte über das leichtfertige Spiel mit Arbeiterleben in den Betrieben und besonders die Verbrechen in der Arbeiterschaft.

11 Personen an Pleißenbergwerk erkrankt III. Halberstadt. Hier erkrankten 11 Personen an schweren Vergiftungserscheinungen. Sie hatten alle gebaute Schweinefleisch von einem Schlächter in der Pleißenstraße gekauft und gegessen.

Sozialdemokratie und Bourgeoisie fordern Demonstrationsverbot am 1. August

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die internationale Hehe der Bourgeoisie und Sozialdemokratie gegen den revolutionären Antifriedensaufmarsch des Weltproletariats am 1. August nimmt ihren Fortgang. Das Beispiel des imperialistischen Frankreich und der Tschechoslowakei, mit den letzten ungeschwehlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse, bestätigt die deutsche Bourgeoisie zu neuen Taten an. So schreibt das deutschnationalistische Schornmaderblatt die Berliner Vorkundgebung am Montag:

„Die Vorbereitungen der Kommunisten zu dem internationalen Tag am 1. August werden in der ganzen Welt mit größter Energie und Rücksichtslosigkeit betrieben. Der Unterschied zwischen Deutschland und den anderen Ländern der kommunistischen Betätigung besteht darin, daß anderswo der Staat schon mit allen seinen Machtmitteln dafür sorgt, daß die Kommunisten nicht in der Lage sein werden, ungehindert einen Propaganda- und Agitationstag gegen die Staatsordnung zu begehen, während man in Deutschland, besonders in Berlin, die Kräfte zum Umsturz sich ruhig entwickeln läßt.“

Dann verlangt das deutschnationalistische Blatt von Jörgel, er möge am 1. August das Hutbad vom 1. Mai wiederholen. Nach Meldungen aus Breslau wurde dort ein Einbruch in eine Kaserne verübt und angeblich die Munitionskisten erbrochen. Zum Zwecke der gegenrevolutionären Hehe erklärt die Polizei der Öffentlichkeit, ohne dafür auch nur den geringsten Beweis zu haben, daß dieser Einbruch von kommunistischer Seite vollführt worden sei, um Munition für die kommenden Demonstrationen zu haben.

Roter Sieg auf Zeche Neumühl

Die Belegschaft antwortet auf die Mahngelungen und Verkündungen ihrer Vertreter

Hamborn, 26. Juli (Eig. Drahtbericht)

Die heute stattgehabene Neuwahl des Betriebsrates auf Zeche Neumühl verlief folgendermaßen:

Auf die rote Liste wurden 2000 Stimmen abgegeben. Die schwarzen erhielten 500 und die Christen 132 Stimmen.

Die Neuwahl machte sich deutlich bemerkbar, weil die Vertretung von den im März gewählten roten Betriebsräten wegen des Wahlrechts nicht zulässig und sieben weitere durch Wählergruppenbesprechungen ihrer Funktion entbehrten.

Trotz der mangelnden Zahl der Sozialdemokraten in gemeinsamer Arbeit mit den schwarzen und trotz der unvollständigen Verkündung durch die roten Betriebsräte hat die Belegschaft von Neumühl durch die Wahl bewiesen, daß sie nach wie vor zu ihrem roten Betriebsrat steht.

500000 russische Textilarbeiter ausgeferrt

Unter, 27. Juli. Nachdem die letzten Kampftage der russischen Arbeiter in der englischen Baumwoll-Industrie mit großer Wirksamkeit verlaufen sind, hat die Ausferrung von 500000 russischen Textilarbeitern mit einer Belegschaft von 500000 in England begonnen. Damit ist ein großer Arbeitseinsatz in England, der im Jahre 1926 für die Textilindustrie galt.

Die russischen Gewerkschaften haben die Spinner sich zu verteidigen, aber eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist ihnen nicht gelungen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen.

Der Gewerkschaften Vorwärts hat die Vertretung durchzuführen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter zu einer Demonstration in London aufgerufen.

Gewaltige revolutionäre Kundgebungen in China

Moskau, den 28. Juli 1929

Die ausländische Presse berichtet aus Shanghai, daß dort fliegende Versammlungen und Kundgebungen stattfanden, in deren Verlauf stürmische Reden gehalten wurden, die zum Kampf gegen die Kwantung-Regierung und zur Verteidigung der Sowjetunion aufriefen. Während der Versammlung wurden gedruckte Aufrufe verteilt, die auf die Notwendigkeit hinwiesen, angesichts der Provokation des imperialistischen Arieans durch die Kwantung-Regierung und die imperialistischen Arieans durch die Kwantung-Regierung und die imperialistischen Arieans durch die Kwantung-Regierung...

über 1000 solcher Gesuche eingereicht, ebenso ein Entlassungsgesuch von 400 Lehrern, das von den chinesischen Behörden abgelehnt wurde. Die chinesische Bahndirektion droht mit Repressalien und erklärt, Entlassungsgesuche würden von ihr als Sabotage angesehen. Außerdem melden Zeitungen außerordentlich niedrige Arbeitsdisziplin der Angestellten der Ostchinesischen Bahndirektion. Die chinesische Bahndirektion erließ Verbote, monach Angestellte ihre Arbeitsräume nicht verlassen dürfen. Die chinesischen Behörden schlossen ein Uebereinkommen mit weißgardistischen Organisationen ab, monach letztere die früheren zaristischen Eisenbahner auffordern, sich zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs zu melden. Eine entsprechende Aufforderung erließ der frühere General Horwath, der letzte Direktor der Ostchinesischen unter der Jarenregierung.

14 litauische Sozialdemokraten zum Tode verurteilt

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung)

Wie der Vorwärts aus Kovno meldet, hat das litauische Staatsgericht 14 Sozialdemokraten abgeurteilt. 11 wurden zum Tode verurteilt und die übrigen zu langjährigen Zuchthausstrafen. Angeklagt haben diese Sozialdemokraten mit dem Vertrauensmann Piskunoff in Wilna in Verbindung gestanden und keine Pläne zur Abtrennung von Gebietsstücken zugunsten Volens unterläßt. Der Vorwärts findet angeklagt der ungeschworenen Terrorurteile sein Wort der Kritik gegen den Senator Waldmann.

Hausfuchungen und Verhaftungen in Kinn

Kinn, 28. Juli. Die Polizei unternahm eine Reihe von Hausfuchungen bei Kommunisten. Siebzehn Personen wurden verhaftet. Auch in Kinn wurden zehn Kommunisten festgenommen.

Die Pariser Polizei legt die Verhaftungen fort

Paris, 29. Juli. (Eig. Drahtmeldung)

Am Sonntag wurden wieder eine Reihe von Kommunisten verhaftet, die aus einem Auto flüchteten für die Antikriegs-demonstrationen am 1. August verteilten. Ebenfalls nahm die Polizei wieder zahlreiche Hausfuchungen vor. Am Sonntag sind 150 verhaftete Kommunisten in den Hungerstreik getreten. Auf Grund der sozialdemokratischen Arbeiter ist selbst der reformistische Gewerkschaftsbund gezwungen, gegen die Unterdrückungspolitik der Pariser Polizei zu protestieren.

Verhaftung in Wien

Wien, 29. Juli. Bei einem von der kommunistischen Partei Österreichs getrennten veranstalteten roten Pressetag hielt der kommunistische Abgeordnete im Prager Parlament, Anton Schnerba aus Mährisch-Schönberg, eine Ansprache, in der er der Überzeugung Ausdruck gab, daß die Wiener Arbeiterklasse trotz des polizeilichen Verbotes am 1. August die beschlossene Demonstration veranstalten werde. Schnerba, der unmittelbar nach der Verhaftung Österreich wieder verlassen wollte, wurde verhaftet.

Kommunistenverhaftungen in Oberschlesien

Schweidnitz, 29. Juli. Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, wurden am Sonnabend in Schweidnitz 13 Kommunisten verhaftet.

Die Ruhrwacht soll verboten werden

Dortmund, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Der Dortmunder Generalanwältzerg veröffentlicht folgende Mitteilung des Dortmunder sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Liebering:

„Auf wiederholte Fragen wird mitgeteilt, daß die kommunistische Organisation Ruhrwacht bzw. Jungruhrwacht als illegaler Weiterbestand des aufgelösten roten Frontkämpferbundes anzusehen ist und von der Polizei mit allen Mitteln unterdrückt werden wird.“

Obwohl die sozialfaschistischen Polizeipräsidenten wissen, daß die Ruhrwacht bzw. Jungruhrwacht aber auch ganz nichts mit dem roten Frontkämpferbund zu tun haben, bezeichnen sie diese antifaschistischen Arbeiterwehren als die Fortsetzung des roten Frontkämpferbundes. Diese Behauptung, die die sozialdemokratische und bürgerliche Freieinheits in Ruhrgebiet gegen die Ruhrwacht unternimmt, wird hier in Sachen gegen die antifaschistischen Arbeiterwehren unternommen. Bald werden die sozialfaschistischen Polizeipräsidenten sich geeinigt haben und auch diese Organisation des Proletariats verbieten. Doch so wenig wie der rote Frontkämpferbund durch irgendein Verbot eines sozialdemokratischen Ministers aus der Welt geschafft werden kann, so wenig wird das mit den antifaschistischen Arbeiterwehren der Fall sein. Wegen die Katastrophen der Bourgeoisie Verbot auf Verbot auszusprechen, die proletarische rote Front marschieren; dies wird am 1. August durch einen gewaltigen Aufruhr zum Ausdruck gebracht werden.

Berliner Bötzcher beschließen: Ausschluß Böraeleils aus dem Verband

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht)

In der letzten Sektionsversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Bötzcher kam es gleich zu Beginn der Versammlung zu scharfen Auseinandersetzungen. Gleich der erste Redner stellte den Antrag, den Fall Jörgiebel zu behandeln „Jörgiebel“, sagte der Redner, „der das Blutbad am 1. Mai in Berlin angerichtet hat, muß aus dem Verband ausgeschlossen werden.“ Es kam zu einer heftigen Aussprache. Der Verbandsgeschäftliche Weimann erklärte, daß alle, die für den Antrag auf Ausschluß stimmen, aus dem Verband ausgeschlossen würden. Trotzdem wurde der Ausschlußantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Bauarbeiter beschließen eine Stunde Arbeitsruhe am 1. August

Die Arbeiter der Firma Otto Richter, Hochbau, in Dresden beschließen einstimmig, am 1. August die Arbeit 1 Stunde ruhen zu lassen und sich geschlossen an der Antikriegskundgebung zu beteiligen.

Bravo!

In Rheinfelden in Baden beschließen die Bauarbeiter der Firma Stoeder u. Schröter, die vollständige Arbeitsruhe am 1. August, also volle 24 Stunden, durchzuführen, um ihre Kampfbereitschaft gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion, gegen die imperialistischen Kriegsheer machtvoll zum Ausdruck zu bringen. Arbeiter, folgt diesem Beispiel!



Wir wollen unseren Wilhelm wieder!

Beachtet! Ihrer Majestät, Reichheit, steht nichts mehr im Wege. Mit dem Mittelbuch der SPD, Reichheit, können Reichheit die freie Bahn des Tüchtigen betreten. Die Republik in 100000 Reichheit, daß sie auch Eure Reichheit als Reichspräsidenten tragen kann.

Resolution der Antifaschistenkonferenz am 27. Juli

Die Delegiertenkonferenz der proletarischen Wehrorganisationen Deutschlands nahm Stellung zu der wachsenden Gefahr des Faschismus in Deutschland, im besonderen in Sachsen, und erklart die Notwendigkeit, die gesamte Arbeiterschaft aufmerksam zu machen vor dem drohenden Faschismus und einer faschistischen Diktatur.

Die wachsende Notwendigkeit zeigt, daß gerade die Notwendigkeit der Arbeiterschaft in demagogischer Form von Seiten der Nationalsozialisten ausgenutzt wird mit Versuchen über Sozialismus und Revolution.

In der Gegenwart, von gerade die nationalsozialistische Organisation trotz ihrer radikalen Forderungen in Wirklichkeit eine Prätorianergarde des deutschen Kapitalismus und Finanzkapitals ist, muß die Handbewegende Arbeiterklasse alle Kräfte anspannen, um diesen Generalangriff der schamlosen Reaktionäre und Unterdrückungspolitik zu durchbrechen.

Ihre wahre Seite gegen das sogenannte „Judentum“ ist eine ungeheure Euphorie zur Umwandlung und Gewinnung der im deutschen Land lebenden Arbeiterklasse, der kleinen Bauern und Kleinwerkbetreibenden, um die Verwirklichung von den eigentlichen Interessen ihres Landes und die Verwirklichung der marxistischen Arbeiterbewegung herbeizuführen. Ihre enge Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm und dem kapitalistischen Faschismus zeigt ganz klar, daß diese Organisation eine Gefahr von größter Bedeutung ist, denen jeder Volksherrn recht ist, in ihrem Ziele zu gelangen.

Der wichtigste Kampf der Arbeiterschaft, mit politischen und organisatorischen Mitteln gegen die Faschisten ist Gebot der Stunde. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß der deutsche Kapitalismus diese Faschistenorganisation benötigt zur Wiederherstellung des imperialistischen Proletariats um keine Machtspiele durchzuführen zu können, die sich im besonderen gegen die Forderung des Volkswortführers gegen die Sowjetunion richten.

Die Klassenströmungen des deutschen Kapitalismus beweisen, daß er alle Anstrengungen macht, ein würdiges Glied in der Reihe der Weltkapitalismus zu sein zur Wiederherstellung der Sowjetunion.

Gleichzeitig muß die Arbeiterschaft aber auch erkennen, daß die Gefahr des Faschismus auch unter anderer Maske aufsteht und die frühere Forderung finden muß. Das ist die Form des Sozialfaschismus, die einseitig wird von der sozialdemokratischen Führerschaft, die, treten ihrer Linie seit 1914, mit dem deutschen Kapitalismus durch die Hand geht und jede militärische Rührung der deutschen kapitalistischen Republik unterläßt und bewilligt. Die Fikturandrohungen des Sozialdemokratischen Wels auf dem Wagedorger Parteitag, die Aktualreden Senerings als Innenminister des kapitalistischen Staates sowie die der geistreiche politische Unterdrückungspolitik des kapitalistischen Staatsapparates unter Führung sozialdemokratischer Führer und Parteipräsidenten gegen das revolutionäre Proletariat Deutschlands und keine Organisationen (1. Mai in Berlin, Verbot des RAB und der kommunistischen Presse Demonstrationenverbot am 1. August) beweisen, daß diese Führerschaft ebenfalls zu jeder Zeit gewillt ist, so bald es der Kapitalismus für notwendig erachtet, eine faschistische Diktatur zum Schutze des Kapitalismus gegen das Proletariat durchzuführen.

Diese Form der faschistischen Diktatur unter Führung der sozialdemokratischen Führerschaft ist um so gefährlicher, da Millionen Arbeiter immer noch in dem Glauben leben, daß diese Führerschaft nur das Beste für das Proletariat wolle.

Die Versammelten erloben, in der Arbeiterschaft mit allen Kräften einen ideologischen Kämpfungskampf zu führen, um eine feste, breite organisierte Front zur Abwehr des Faschismus zu bilden und sowohl dem Proleten, der heute in der Front des Nationalsozialismus gegen seine eigene Klasse kämpft, als auch dem Proleten, der im Reichsbanner unter den schwarzrotgoldenen Fahnen für die deutsche sozialistische Republik sich einbringen gewillt ist, aufzuklären und ihn für die rote Klassenfront zu gewinnen.

In jedem Ort und in jedem Betrieb müssen Wehrorganisationen der Arbeiterschaft gegen den Faschismus, gleich welcher Schattierung, entstehen, um den Kampf aufzunehmen zur Niederdrückung der faschistischen Organisationen, zum Kampfe gegen den imperialistischen Krieg und zum Schutze der Sowjetunion.

Gegen den weißen Terror in Amerika

Die Konferenz des Antikriegskomitees Ostschlesien in Dresden am 28. Juli protestiert leidenschaftlich gegen das Justizkomplott gegen 15 streikende Textilarbeiter in Canton (USA), die fälschlich des Mordes beschuldigt werden.

Die Polizei veranstaltete einen Überfall auf die Arbeiterkolonie von Canton, bei dem der Kommandant des Überfalles getötet wurde. Trotzdem leitet die Schuld hierfür auf die Textilarbeiter, die in einem Lohnkampf standen, fällt, wurden 15 Streikende verhaftet und sind im Gefängnis den furchtbarsten Folterungen ausgesetzt. Tränengasbomben werden in die Zellen geworfen, um die Gefangenen zu quälen.

Die Unternehmer der „Mensile Textiles Company“ wollen so mit Hilfe militärischer Klaffengerichte den Streik der Textilarbeiter brechen.

15 unschuldige Arbeiter sollen als „Mörder“ hingerichtet werden, damit die Profite der Textilbarone nicht geschmälert werden.

Ein neuer Justizmord, wie er an Sacco und Vanzetti vollzogen wurde, muß verhindert werden.

Die Versammelten protestieren gegen die Absicht der amerikanischen Bourgeoisie, die 15 Proletarier, die am 29. Juli vor Gericht stehen werden, dem elektrischen Stuhl auszuliefern. Wir fordern von der amerikanischen Regierung und den Behörden von Canton, daß die unmenslichen Folterungen sofort eingestellt und daß die grundlos Verhafteten sofort freigelassen werden.

Begrüßungsadresse an die streikenden Textilarbeiter in Canton

Die Konferenz des Antikriegskomitees Ostschlesien am 28. Juli 1929 in Dresden drückt den streikenden Textilarbeitern von Canton, die im härtesten Kampfe mit den Textilunternehmern der Mensile Textiles Company stehen, die vollste Sympathie aus.

Die Konferenz verspricht, alles daranzusetzen, die faschistische Arbeiterschaft zu mobilisieren, um einen neuen Justizmord an den 15 verhafteten Textilarbeitern in Canton durch die amerikanische Klassenjustiz zu verhindern.

So lebe der Kampf der streikenden Textilarbeiter in Canton!

So lebe die brüderliche internationale Solidarität!

Die alten Dokumente verbrannt

SPD und Tchangfaische

In unserer Sonnabendausgabe haben wir die Erklärung des Ringers von der Atlantik-Photo-Agentur veröffentlicht, in der er die Feststellung macht, daß die Redaktion der 'Roten Fahne' einem Irrtum bei der Veröffentlichung des von der sozialdemokratischen Presse zur Ursache einer weiteren Verharmlosung gemacht...

China, mag Tchangfaische den Bruch Südjapans mit Rußland herbeigeführt haben und mag man uns von chinesischer Seite noch so sehr die Schändlichkeit Moskaus für diese Politik demonstrieren; unsere Ablehnung der Fehler dieser Politik ist dem Interesse der chinesischen Bourgeoisie, daß sie in die Handhabe der Kommunisten und zu Moskau bringt, entgegengekehrt, und unsere Sympathie verbleibt den chinesischen Arbeitern, ob sie Kommunisten sind oder nicht.

Die 'Kapiteler' Streiter aber taten damals in der Weichnachtsstimmung noch mehr. Nicht nur das Bekenntnis zu den chinesischen Arbeitern, ob 'er Kommunist sei oder nicht', legten sie ab, sie gingen soweit, im gleichen Artikel zu erklären:

Tchangfaische hat bei seinem Aufenthalt in Japan so manches alte Dokument verbrannt und viel Verhängnis für die imperialistische Hilfe nach China mitgebracht, die die chinesische Bourgeoisie benutzen kann, wenn es gegen die Arbeiter geht. Man hat diese Hilfe bei der Jagd auf die Rußen in Schanghai, in Kanton und in Wuhan zum erstenmal in Anspruch genommen; sie hat sich bewährt. Von den flammenden Aufreizen (Tchangfaische, Red. d. Arb.) gegen den 'mörderischen Imperialismus' der Engländer, Japaner, Amerikaner um, ist zur Zeit nichts zu vernehmen.

Inzwischen hat die SPD-Presse freilich ihre Jahrgänge von 1927 bis 1928 und auch den letzten Weltmarxistischer Pakt einstreichen lassen. Es vermag aber nicht, daß man von der damaligen Sprache sich nichts mehr findet, sondern die gleiche Entwicklung im Lager der Imperialisten bei den Sozialdemokraten findet. Sie lieh sich wie oben angeführte Zitate beweisen — im Jahre 1927 bei Tchangfaische fest-

stellte. Heute kann die SPD-Presse diese Feststellungen freilich nicht mehr machen. Heute muß sie auf jeden Fall offen gegen das revolutionäre Proletariat Stellung nehmen. Wenn wir als revolutionäre Arbeiterpresse heute diese damalige Stellungnahme der SPD-Presse zum Internationalen Räten Tchangfaische aufzeigen, so nur zu dem Zweck den Arbeitern, die noch den Fügungsbefehlen der sozialdemokratischen Kriegseinspeißer glauben, zu beweisen, daß auch die SPD-Presse einmal festgestellt hat, daß Tchangfaische die alten Dokumente, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus verpöndelt hat. Freilich — und das muß auch festgestellt werden — hat die SPD aus dieser Feststellung die richtigen Lehren gezogen. Sie geht mit Tchangfaische, dem Gallier Chinas, sie übernimmt diese Aufgabe in Deutschland. Die SPD steht fest im Lager der imperialistischen Kriegsherrn und organisiert mit ihnen den Kampf gegen das revolutionäre internationale Proletariat und gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt. Mit Ministern, Polizeipräsidenten und Nachtwächtern tritt die SPD an, zur Verfügung des Trustkapitals, zur Verfügung der Imperialisten. Diese Soldlinge sind sie geworden, die nicht einmal mehr wagen, objektive — den einfachsten journalistischen Grundfragen entsprechende — Berichte zu bringen, um nicht ein Stirnrunzeln ihrer Herren zu erregen.

Das 'Nülicher' geichreit soll die Nation über die Rolle der imperialistischen Schindknappen hinwegtäuschen. Das ist für die Arbeiter, sofern sie das Geschrei der Sozialdemokraten mit ein wenig Aufmerksamkeit und mit etwas kritischem Gefühl prüfen, ohne weiteres erkennbar.

General Tchangfaische nach vor kurzem als Genosse der Volkswellen gefeiert wurde.

Zunächst können wir einen Beweis dafür liefern, daß auch die SPD-Presse nach dem Ueberlaufen Tchangfaische zu den Imperialisten berechnete Meldungen über den Greuelkrieg gegen das revolutionäre Proletariat Chinas und die Rußen gebracht hat. Unter anderem brachte der SPD-Pressebericht, der sich heute bemüht, des Fluthundes Tchangfaische Herztörmel am chinesischen Proletariat zu verteilen, unter dem 15. Dezember 1927 eine Meldung, die so lautet:

Welcher Terror in Kanton

...inzwischen sind in Kanton im Zusammenhang mit dem kommunistischen Handreich von den 13 verhafteten Rußen bereits 3 handrechtlich erschossen worden...

In der Nummer vom 17. Dezember 1927 berichtet die Leipziger Volkszeitung dann aber noch weitere Einzelheiten und u. a. folgende:

Weitere Hinrichtungen in Kanton

...in Kanton sind inzwischen 5 weitere Rußen hingerichtet worden, so daß die Gesamtzahl jetzt 20 übersteigt...

Jede andere sozialdemokratische, einschließlich der Dresdner Volkszeitung, hat über das Blutbad von Kanton ähnlich berichtet. Wenn die sozialdemokratische Presse in vielen zwei Meldungen auch nur von Hinrichtungen russischer Staatsangehöriger berichtet, so kann sich jeder denkende Mensch doch einen Begriff davon machen, wie die chinesische Regierung, wie der weiße Terror noch weniger vor hunderttausend in chinesischen Arbeitern und Bauern zurückgeblieben sein wird. Aber das geht auch aus weiteren Meldungen hervor, die die sozialdemokratische Presse damals veröffentlichte.

Da schreibt z. B. die Leipziger Volkszeitung vom 20. Dezember 1927:

Das Blutbad von Kanton

Aus Kanton wird von vertrauenswürdiger Seite gemeldet, daß Bijoukonj Haffis sich unter dem 14. Dezember hingerichten lassen befindet. Ein Lichtbild zeigt Haffis nach der Hinrichtung mit auf dem Rücken festgebundenen Händen, ohne Schuhe und Socken auf dem Boden ausgebreitet. Ueber tausend Häuser wurden zerstört und in Brand gelegt. Die Zahl der Getöteten und Verletzten beläuft sich auf 3000. 700 Personen wurden bestraft...

Ja, das sozialdemokratische Presseorga, das jetzt so eifrig gegen die Rußen hetzt, dieselben Zeitungen, die jetzt Tchangfaische als den 'Streiter für die demokratische Freiheit' und die 'nationale Unabhängigkeit Chinas' lobpreisen, daselbst Presseorga ist auch damals bei der Beurteilung der chinesischen Revolution und ihres menschlichen Gollweils noch andere und schärfere Töne an. Dieselben Zeitungen, die jetzt davon schreiben, 'Rußland mache in Kriegsheute und greife China an', dieselben Zeitungen zeigten noch vor Jahren Tchangfaische in seiner ganzen Erbärmlichkeit auf. Was schrieben sie damals? Wir wollen den Arbeitern in den Betrieben, auf die gerade die SPD bei ihrer Hege ipulsiert, einige Kostproben liefern geben, was die SPD-Presse am Weihnachtabend des Jahres 1927 brachte. Damals schrieb man zu dem

Klassenkampf in China

Wie Sozialisten standen mit vollem Herzen auf der Seite der Kantonier Rebellen. Was die Kommunisten Jeter und Warbio schrieben über die 'konterrevolutionären' Kommunisten

Zum 1. August

Proletarischer Schulkampf gegen den imperialistischen Krieg

P.S. Die herrschende Klasse hat immer verstanden, die Schule ihren Zwecken dienlich zu machen. Daran hat sich auch heute noch nichts geändert. Gewandelt haben lediglich die Methoden, die von der Bourgeoisie angewendet wurden. Vor früher die Verherrlichung der Monarchie die Ziele, die den ganzen Unterricht beherrschte, so ist es jetzt die Ehrung der Väterverehrung, die dazu dient, das heranwachsende Geschlecht für den kommenden Krieg vorzubereiten. Es ist nicht immer leicht, die Zusammenhänge zu erkennen, trotzdem der geistige Unterricht auf dieses Ziel eingestellt ist. Die ideologische und technische Vorbereitung und Erziehung der Jugend für kommende Kriege wird mit Hochdruck betrieben. Der jetzt Ober 1929 eingeführte jährliche Lehrplan für die Volksschule ist ein treffendes Beispiel dafür. In den Bestimmungen über Erdkunde heißt es z. B.: 'Deutsche Kulturgebiete außerhalb der Reichsgrenzen oder Gebiete, die zum deutschen Lande in enger wirtschaftlicher Beziehung stehen, sind zu bevorzugen. Das Auslandsstudium ist in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung für die Volksgemeinschaft entsprechend zu würdigen.' 'Deutsche Kulturgebiete außerhalb der Reichsgrenzen', wiewohl Möglichkeiten sind dadurch gegeben, den Kindern zu erzählen von den bösen Kambaren, die in ihrem Lande wohnenden deutschen Minderheiten und ihre Kultur unterdrücken. Auch die Propaganda für die Wiedergewinnung der verlorengegangenen Kolonien läßt sich damit recht schön betreiben. In den Atlanten sind diese Kolonien als 'ehemalige deutsche Kolonien' eingetragener. Die Verbreitung von Schriften des Vereins für das Deutschtum im Ausland in den Schulen ist ebenfalls ein Mittel zur Erziehung zum Nationalismus.

Ueber Geschichte und Staatsbürgerkunde heißt es im Landeslehrplan: 'Unmittelbare Wirkungen der ausländischen Geschichte auf die deutsche sind während der Vorarbeiten, damit die Schüler den Geist und die Notwendigkeit schaffender Zusammenarbeit und die zehrende Gegenwart der Väter kennen lernen. Mit diesem soll auch in der Volksschule dem Gedanken der Väterverehrung im Sinne der Reichsverfassung der Boden bereitet werden.' Die 'unmittelbaren Wirkungen' der französischen und der jugendlichen Revolution und ihre Bedeutung für das deutsche Proletariat werden bestimmt nicht 'während her-

norgehoben' denn das würde bedeuten, der heranwachsenden Jugend des Proletariats klarzumachen, daß sie nur leben kann, wenn sie ebenso wie das russische Proletariat ihre Unterdrücker zum Teufel jagt. Damit kann 'dem Gedanken der Volks- und Väterverehrung im Sinne der Reichsverfassung der Boden' nicht 'bereitet' werden.

Väterverehrung, Väterverehrung stehen heute im Mittelpunkt der Erziehung. Die Tagung des 'Deutschen Lehrervereins' in der Pfingstwoche 1929 in Dresden hatte ja deshalb zwei Themen aufgestellt:

- 1. Wirtschaft und Schule.
2. Die Schule im Dienste der Volks- und Väterverehrung.

Die dort gehaltenen Begrüßungsansprachen ließen sehr klar erkennen, welche Forderungen die herrschende Klasse an die Volksschule und ihre Lehrerschaft stellt.

Sowohl der damalige sächsische Volksbildungsminister Büniger wie der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Bülher, betonten, daß die Volksschullehrer, die in der Vorkriegszeit neben dem Volksherr als realer Macht die 'Erzieher zur nationalen Sammler' waren, im neuen Reiche dieselben Aufgaben erfüllen müßten. Bülher sprach dabei von der 'Heranbildung eines festen, kampfbereiten Geschlechts' als dringlichste Aufgabe der deutschen Schule.

Veisübungen, Schulwanderungen verbunden mit Geländespielen, alles wird in den Dienst dieser 'Heranbildung' gestellt.

Felonders wichtig dabei ist die Berufung auf die Reichsverfassung. Gerade dadurch zeigt sich die enge Verbundenheit der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie. Beide sind in diesem Fall die Hüter der Verfassung, beide haben ein Ziel. Die Vorbereitung und die Durchführung des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland. Es ist daher auch kein Zufall, daß sowohl auf dem Hamburger Kongreß des ADGB als auch auf dem Magdeburger Parteitag der SPD die Schule der Gegenstand eingehender Beratungen war. Die hassenbewusste Arbeiterkass muß an diesen Dingen erkennen, daß durch diese Erziehung und Vorbereitung der Jugend, insbesondere der proletarischen, mit Hilfe des Staatsapparates und der Staatsschule folgendes erreicht werden soll: eine planmäßige Erziehung zum Staatsbürger der kapitalistischen Republik, der zielbewussten Verdichtung des proletarischen Kindes und der Jugendlichen von der eigenen Klasse (Verbot des ISB, Pflege aller nationalen Verbände, Erwerbung neuer Heimat, Vaterland, und Kolonialideologie, Reichsverfassung Artikel 118) militärische Vorbereitung der Jugendlichen auf kommende Kriege durch raffinierte, der Jugendpsychologie angepaßte Methoden zur ideologischen Beeinflussung der Jugend. (Pflege des Sports als 'Dienst am Volk und Vaterland' nach Severing.)

Aus dieser Erkenntnis muß die klassenbewusste Arbeiterkass folgende Ergebnisse feststellen:

- 1. Die Schule wird auch in das System des kriegerischen Imperialismus, gleichgültig ob mit oder gegen den Widerspruch von Tölen der Lehrerschaft eingeordnet.
2. Sie ist nicht in der Lage, weder im Sinne einer Väterverehrung oder Väterverehrung zu wirken. Ihre Anstrengungen können nur als Verdunkelung wirklicher Tatsachen betrachtet werden, die nicht entwicklungsfördernd, sondern hemmend wirken.
3. Nur durch aktive Unterstützung und in enger Kampfgemeinschaft mit dem Jungproletariat und dem kommunistischen Jugendverband kann die Arbeiterkass den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen. Die kommunistischen Elternräte an den Schulen sind ebenfalls ein Teil dieser Kampffront.

Küßtsloier Kampf aller Arbeiter gegen alle Methoden der Bourgeoisie zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges in der Schule, unvermeidliche Klärung über die Aufgaben der Schule in der kapitalistischen Republik Bekämpfung aller passiven Illusionen bei den Eltern, Eltern und Elternräten. Klassenkampf in und um die Schule. Nur dann wird die Arbeiterkass in der Lage sein, die Vorbereitungen und den Willen der Bourgeoisie zum Krieg gegen Sowjetrußland zu brechen.

Aufruf!

Kriegsopfer! Arbeitsinvaliden!

Wieder führt sich der Tag, an dem vor 15 Jahren der Weltkrieg ausbrach. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer und die Opfer des Krieges haben alle Ursache, sich an diesem Tage die Jahre in Erinnerung zurückzurufen, die sie im brudermörderischen Kampfe gegen das Proletariat der anderen Länder an den Schlachtfeldern verbringen mußten. Erinnern wir uns der Ströme von Blut, die wir auf Kommando vergossen haben.

Vier Jahre hindurch wurden Stunden für Stunde, auch in der Nacht, 47 deutsche Kameraden erschlagen. Jeden Tag fielen 1127 blühende Menschenseelen den Nordmächten zum Opfer, insgesamt wanderten rund 2 Millionen deutsche Soldaten in die Kesseltöpfe.

10 Millionen tote, 19 Millionen Vermundete, das ist die Bilanz des letzten Völkermordes. Nicht enthalten darin ist das gesamte Elend, was unsere Angehörigen in der Heimat erleiden mußten.

Der Noloich Militarismus raubte euch euren Mann, den Kindern den Ernährer und Erzieher. Euch die Gesundheit. In der Tretnühle der Kriegswirtschaft wurden die Arbeitsopfer durch den väterländischen Hilfsdienst zugrunde gerichtet. Euch alle hat man betrogen, beraubt und geschändet.

Mit der helen Phrase 'Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß' hat man euch verhöhrt. Abbau der Hinterbliebenenrente, Hungerrenten für die Kriegs- und Arbeitsopfer, Furchtbarestelei und Schikanen sind nackte Tatsachen.

Wollt ihr mit vorantwärtlich sein am Wohl und Wehe eurer Kinder? Dann wacht auf. Die Imperialisten rüsten und bereiten einen neuen Krieg vor, die Fenster der chinesischen Re-

volution raubten im Auftrage der Imperialisten den Rußen ihre Eisenbahn und leiten damit den neuen Völkermord ein. Neues Blutvergießen, neues Elend könnt ihr verhindern, wenn ihr kämpft.

Gegen jeden imperialistischen Krieg! Gegen jede Kriegsauslösung und nutzlose Ausgaben hierfür! Für den einzigen Staat der Arbeiter, Sowjetrußland! Für eine menschenwürdige Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer!

Am 1. August demonstriert das gesamte revolutionäre Proletariat anlässlich der 15. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches, gegen neues Völkermorden. Zugleich feiert aber das Bürgertum unter Führung des Reformismus das 10jährige Bestehen der deutschen Verfassung. Hier die Organisierung des Kampfes gegen den Krieg, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung. Dort Neuaufgabe wilhelminischer Paraden.

Klassengenossen, werdet aktiv, demonstriert am 1. August mit der gesamten klassenbewussten Arbeiterkass gegen Imperialismus, gegen Sozialreaktion! Der Feind steht im eigenen Lande!

Heraus auf die Straße, zeigt eure Macht, seid klassenbewußt. Es gilt, alle Angriffe der immer härter werdenden Sozialreaktion abzuwehren.

Alle Kriegs- und Arbeitsopfer beteiligen sich geschlossen an der Antikriegsdemonstration am 1. August 17,30 Uhr Weichitzstraße.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit Groß-Dresden.

Brutaler Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Ämtlicher Bericht der Sachverständigen-Kommission — Einschneidende Verschlechterungen — Beitragserhöhung

Die von der Reichsregierung eingereichte Sachverständigen-Kommission, die Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung machen sollte, hat ihre Beratungen abgeschlossen. Ueber ihre Beschlüsse wurde jetzt folgender ämtliche Bericht ausgegeben:

„Die Sachverständigen-Kommission zur Begutachtung von Fragen der Arbeitslosenversicherung, die im Reichsarbeitsministerium seit dem 2. Juli tagt, erörterte in ihrem vierten Tagungsabschnitt die finanziellen Fragen in ihrer Gesamtheit und beendete nach der zweiten Lesung ihre Arbeiten am 26. Juli.“

Bekanntlich war es Aufgabe der Kommission, eine Reihe von unerwünschten Auswirkungen des Gesetzes und seiner Durchführung zu bezeichnen und den finanziellen Aufbau der Arbeitslosenversicherung nachzuprüfen.

Eine wesentliche Rolle spielte die Frage der Arbeitslosenunterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit. Die Kommission einigte sich dahin, daß die Saisonarbeiter auch weiterhin die Versicherung zu betreiben hat. Die Frage, ob eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter eintreten oder eine Gesamtregelung gefunden werden soll, bei der das Saisonrisiko entsprechend berücksichtigt ist, wurde von der Mehrheit dahin entschieden, daß beiden Gesichtspunkten Rechnung getragen werden soll.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft allgemein zu der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung in Beziehung gebracht werden. Daneben sollen die Saisonarbeiter nur die Unterstützungssätze der Krisenzeit erhalten, und zwar nach einer Wartezeit von zwei Wochen.

Von den anderen Verhandlungsergebnissen ist hervorzuheben, daß der Begriff der Arbeitslosigkeit im Gesetz bestimmt und damit eine Reihe von Unzuträglichkeiten ausgeräumt werden soll. Für eine Anzahl von Personengruppen, z. B. für die uneheliche Beschäftigten, für die nebenberuflich Tätigen und die Heimarbeiter sollen besondere Regelungen getroffen werden.

Weiter schlägt die Kommission in ihrer Mehrheit vor, die Wartezeit für arbeitslose Arbeiter allgemein auf zwei Wochen zu verlängern, für Arbeitslose mit großer Familie die Wartezeit auf drei Tage abzufürzen. In den Fällen, in denen das Lohnniveau am Unterstützungsort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterstützung der Lohnhöhe am Unterstützungsort angepasst werden. Ferner ist eine große Reihe von Verschärfungen vorgeschrieben, durch die die Verwaltung und das Verfahren vereinfacht werden sollen.

Soweit die bisher erwähnten Maßnahmen in ihrer finanziellen Auswirkung übersehen werden können, kann die Einsparnis aus rund 160 Millionen Mark im Jahre geschätzt werden. Das würde aber nach Auffassung der Kommission nicht genügen, um auf die Dauer die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt in Einklang zu bringen. Die Kommission schlägt deshalb, die Reichsanstalt nicht in Frage kommen, eine bestimmte Beitragserhöhung um 1/2 Prozent vor. Schließlich soll die Reichsregierung ersucht werden, die Darlehen, die bisher der Reichsanstalt gegeben wurden, bis zum 1. April 1935 zu stunden.

Die Beschlüsse der Kommission wurden, wie dies bei der besonderen Schwierigkeit der Materie verständlich ist, vielfach mit wechselnden Mehrheiten gefaßt. Immerhin konnte in einer Reihe von Punkten volle Übereinstimmung erzielt werden.

Das Reichsarbeitsministerium wird nunmehr nach Rücksprache mit den Landesregierungen eine Gesetzesvorlage vorbereiten, die nach dem Beschluß des Reichstages in der ersten Hälfte des August dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen wird. Der ausführliche Bericht über das Ergebnis der Beratungen der Sachverständigen-Kommission wird in naher Zeit im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.“

So weit der Bericht. Er ist absichtlich unklar gehalten, viele Verschlechterungen sind verschwiegen, wie z. B. die von der königlichen Zeitung ausgeplauderte Verlängerung der Anwartschaftsdauer. Aber schon das, was aus dem ämtlichen Bericht ersichtlich ist, ist ungeheuerlich. Einkneidende Verschlechterungen werden geplant, von denen alle Arbeitslosen, besonders aber die Saisonarbeiter, Heimarbeiter, ledigen Arbeiter, uneheliche Beschäftigte schwer betroffen werden. Und zu alledem kommt noch eine Beitragserhöhung. Wie der ämtliche Bericht selbst sagt, wurde im Sachverständigen-Ausschuß in mehreren Punkten Einmütigkeit erzielt, also haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Verschlechterungen gestimmt.

Die bisherigen Mitteilungen über die geplanten Verschlechterungen müssen alle Arbeiter aufrütteln, die gewillt sind, die Lebensinteressen ihrer Klasse zu verteidigen. Die Arbeitslosenunterstützung ist heute schon kärglich. Und heute schon sind viele Tausende ohne Unterstützung. Wenn nun jetzt nach den Absichten der Regierungsparteien weiteren Hunderttausenden die Unterstützung geraubt oder gekürzt wird, so bedeutet das eine ungeheure Verschärfung des Arbeitslosenlebens mit all seinen Folgen für alle Arbeiter. Die Koalitionsregierung als Organ der Kapitalisten will, daß Hunderttausende von Arbeitslosen verzwangelt und in Betrieb zu Betrieb laufen, sie will, daß sich die ihren Unterstützung herabgehenden Arbeitslosen zu jedem Hungerlohn anbieten. Dadurch soll der Widerstand der Arbeiterklasse geschwächt werden, soll der Abbau des Reallohnes, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen noch rascher vor sich gehen als bisher. Jeder denkende Arbeiter wird sehen, daß diese angedrohten Verschlechterungen durch die geschlossene Gegenwehr der Arbeiterklasse verhindert werden müssen.

Damit eine breite proletarische Kampffront zustande kommt, ist es notwendig, immer wieder festzustellen, daß die SPD-Führer beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung nicht mitteilen. Im Sachverständigen-Ausschuß haben die SPD-Vertreter den schlimmsten Verschlechterungen zugestimmt. In wenigen Wochen werden sie in den Körperschaften des Reichstages daselbst tun. Wenn die SPD-Führer bisher behauptet haben, daß sie „an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln“ lassen, so sollte dieses Geschwätz nur verhindern, daß sich die Arbeiter zur geschlossenen Gegenwehr zusammenschließen. Aber kein kampfbereiter Arbeiter darf sich mehr durch die heuchlerischen Erklärungen der SPD-Führer täuschen lassen. Es ist jetzt notwendig, auf die Schanzen zu eilen!

Die Arbeiterklasse steht heute vor der großen Antimperialistischen Demonstration des 1. August. Bei dieser Demonstration gilt es gleichzeitig gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu protestieren, um so mehr, als die Millionen, die den Arbeitslosen geraubt werden sollen, zum Bau von Panzertruppen, zur Vergrößerung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen verwendet werden sollen.

Darum, Arbeitslose und Betriebsräte, heraus in Massen zum Aufmarsch am 1. August!

Das reformistische Verbrechen an den Textilarbeitern

5000 Schließen-Kämpfer gemäßigelt

Das niederträchtige Spiel, welches die reformistische Gewerkschaftsbürokratie mit den Textilarbeitern in Schließen getrieben hat, offenbart sich jetzt als eine der gemeinsten Schandthaten, die in den letzten Jahren an den Interessen der Arbeiter ausgeübt wurden. Der Wortlaut des Schiedsspruches, der von den Bürokraten als einer der „besten“ bezeichnet wurde, der mit ihren Stimmen gefaßt wurde, welchen Verbindlichkeitserklärung sie verlangt haben, gibt den Unternehmern die Möglichkeit, die ihnen mißliebigen Arbeiter zu mahregeln. Die Bürokratie spielt den „Empörten“. Sie drohte vor einigen Tagen den Unter-

nehmern unter dem Druck der empörten Arbeiter mit einem neuen Streik. Ja, sie sprachen sogar von einer Unterstützung der Unternehmern in dem neuen Kampfe. In Wirklichkeit denken sie natürlich gar nicht daran, die Arbeiter anzufordern, die Forderungen der Unternehmern mit einem Streik zu beantworten. Gestützt auf diese Feigheit treten die Textilarbeiter immer schärfer-mäherlicher auf. Zu den Textilarbeitern schreibt die Schließliche Leitung, das Organ der Textilarbeiter:

„Dah auch der Schiedsspruch in keiner Weise die Arbeitslosigkeit nicht so weit geht, den Arbeitgeber zur Einstellung aller früher beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf vorhandene Beschäftigungsmöglichkeit zu zwingen, daß er vielmehr nur der tatsächlich wieder eingestellten Arbeitern ihre während früherer Betriebszugehörigkeit erworbenen Rechte wahrt, als wäre das Arbeitsverhältnis nicht unterbrochen, wissen die Gewerkschaften genau. Sie müssen es auch, oder müßten es jedenfalls wissen, daß nach der durch Urteil des Reichsarbeitsgerichts gefällten Rechtslage der einzelne Arbeitgeber überhaupt nicht zur Wiedereinstellung bei Streik oder Ausperrung in rechtmäßiger Form entlassener Arbeiter durch Vereinbarungen der Organisations- oder durch eine solche Vereinbarung erscheidenden Schiedsspruch verpflichtet werden kann. Das alles ist den Arbeitern aber offenbar verheimlicht worden.“

Die hieraus bei der betroffenen Arbeiterklasse aufkommende Verbitterung ist daher nur zu begründet. Sie abzulenken, wird gegen den Arbeitgeber geübt und geschimpft.

Die Arbeitgeber sehen etwaigen Klagen wegen der angebliehen Verletzung der Wiedereinstellungsobligat in Ruhe entgegen. Die Arbeiter würden auf Grund der dann ergehenden gerichtlichen Urteile noch deutlicher erkennen, wohin sie geführt sind und werden.

So weit bisher bekannt geworden ist, bleiben von den bis zur Ausperrung beschäftigten Arbeitern über 5000 auf der Straße, ohne daß für sie vorläufig eine Aussicht auf Wiedereinstellung besteht.

Obendrein konnte ein Teil der wiedereingestellten Arbeiterschaft auch nur befristet eingestellt werden, um die durch die Ausperrung liegenden gebliebenen Aufträge aufzuarbeiten, und muß damit rechnen, nach der Erledigung dieser Aufträge ebenfalls arbeitslos zu sein.“

Offen und brutal erklären die Unternehmern, daß 5000 nicht mehr in den Betrieb hinein kommen, weitere Tausende den Gewerkschaften noch folgen werden. Die Arbeiter sollen jetzt für das reformistische Verbrechen büßen. Erst vor einigen Tagen brachten wir die Meldung, daß zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und den Unternehmern eine Verständigung erzielt ist in der Frage des 3- und 4-Stuhlsystems. Zehntausende von Arbeitern sind in Schließen arbeitslos. 5000 weitere werden gemäßigelt. Tausende weitere werden ihnen folgen. Die Einführung des 3- und 4-Stuhlsystems mit Zustimmung der reformistischen Vertreter wird weitere Tausende von Arbeitern arbeitslos machen. Jetzt gilt es für die schließlichen Textilarbeiter zu rufen. Diese Proklamationen der Unternehmern dürfen sie sich nicht länger mehr gefallen lassen. Jetzt muß gehandelt werden! Abkehrung des 3- und 4-Stuhlsystems! Kampf auf der ganzen Linie bis die Wiedereinstellung aller gemäßigelten Textilarbeiter erzwungen ist.

Reformisten und Krieg

Eine Erklärung des Eisenbahnerverbandes

Im Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Deutschen Gewerkschaften zum Rückbezug Gewerkschaftsstatistik vom 30. Juni 1919 wird auf Seite 75 über die Organisation der Eisenbahner in der Kriegszeit berichtet. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes gab im Einverständnis mit der Generalkommission eine Erklärung an die Regierung folgenden Inhalts ab:

„Der Deutsche Eisenbahnerverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitsverhältnisse zur Durchsetzung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Sägung ergibt, keine Einrichtungen, die es ihm ermöglichen würden, bei Lohn- und anderen Arbeitsverhältnissen das Kampfmittel der Arbeitsverhältnisse anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel aufwenden.“

Der Bericht auf das Streikrecht während des Krieges, über hier offen proklamiert wird, ist in der Tat von allen Gewerkschaftsvorständen durchgeföhrt worden. Die Worte Groenens in seinem Aufruf: „Wer mag es, dem Kaiser Hindenburgs zu trohen! Ein Hundstall, wer freit, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!“ waren für die reformistischen Gewerkschaftsführer das Programm, nach dem sie sich gerichtet haben.

Auch den kommenden Krieg werden die reformistischen Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln unterstützen. Es ist die Aufgabe jedes Gewerkschaftsmitgliedes, gegen die sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer zu kämpfen. Der

1. August

ist der Aufruf der arbeitslosen Arbeiterklasse gegen den drohenden Krieg!



So stellt sich die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den „Ideal-Arbeiter“ vor

Sozialfaschistische Sozialpolitik in Meissen

Die Arbeitsunvaliden A. und D. in S. stellen bei der Landesversicherungsanstalt Antrag auf Invalidenrente, beide sind durch den anstrengenden Frontdienst als Glasmacher körperlich vollständig verbraucht. Bevor sie die ihnen zustehende Invalidenrente erhalten, vergehen Jahre. Nachdem sie aus der Krankenversicherung ausgesteuert sind, erhalten beide Fürsorgeunterstützung, diese beträgt pro Monat für:

Eine Person über 14 Jahre	Mark 26,00
Ein Ehepaar	Mark 48,00
Ein Kind unter 14 Jahren	Mark 9,50

Mit dieser Hungerunterstützung sind beide Familien gezwungen, dahinzugehieren, nach langer Zeit kommen sie dann, wenn alle Hindernisse überwunden sind, in dem Genuß der 1. Rente. Von der Nachzahlung der Invalidenrente beschlagnahmt der Bezirksverband den gesetzlichen Teil (ein Drittel). In beiden obigen Fällen wollte der Bezirksverband Meissen Land mehr haben und weil die beiden Arbeitsunvaliden die Nachzahlung zur Begleichung von entstandenen Schulden und Neuanschaffungen an Kleidung und Schuhwerk verwenden hatten, wurde ein Zahlungsbefehl erlassen und gerichtliche Entscheidung beantragt! Verantwortlich für dieses Vorgehen ist der sozialfaschistische Amtshauptmann Schmidt in Meissen.

Das bürgerliche Gericht wußte keinen Rat, weil mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vertraut. Man hätte besser getan, für die Gerichtsloskosten den Kindern der Arbeitsunvaliden etwas zukommen zu lassen, das wäre sozial gewesen. Der Sozialfaschist Schmidt (ehemaliger Töpfergehilfe) hat längst verfallen was Not und Elend ist. Für die Pflege, Fütterung und Stallung eines Polizeihundes bewilligt er als M. d. R. 1,56 Mark pro Tag, für einen Fürsorgeempfänger aber nur Lumpen 1,20 Mark, und dann klagt er noch wegen zu viel bezogener Fürsorgeunterstützung! Arbeitsegger wie lange noch? Am 1. August heraus auf die Straße gegen die Sozialreaktion!

Arbeiterkorrespondenz 801

Dresden-N.

HAUSRAT

GEMEINNUTZIGE MÜBELVERSORGUNG G. M. B. H. DRESDEN, NEUSTÄDTER MARKT 8 / RUF 53220

Siedlerhausrat / Bergwerksrichtungen / Linoleum / Wollstoffe / Wohnungsgestaltung



50 Läden 60 Ausfahrer PFUNDS MOLKEREI

Auflage und bekannteste Großmolkerei in Dresden

Fahrräder Diamant, Opel, Udo Spezial-Marken

Fahrräder emmi R. Pusewel, Bautzner Str. 88

Reparaturen schnell und billig

Th. C. Bauer 21aunstraße 34 und 34b

Arbeiter! Kauft Gutes Fleisch u. Wurstwaren

Möbelhaus Union ist billig!

Ewald Löschor Fleischermeister

Fahrräder Opel / Express / Brennabor

Fleisch- u. Wurstwaren emmi R. Pusewel

Fahrräder Opel / Express / Brennabor

Fleisch- u. Wurstwaren emmi R. Pusewel

Diene Deiner Zeitung kaufe nur beim Inserenten

REFORM-UND KINDER BETTEN

Bierliebhaber des angestrebten Arbeiterlebens

Motorräder Fahrräder H. & P. Richter

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Heinrich Richter Markgrafstr. 42

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Alfred Steglich

Trinkt Chabero

Möbelhaus Rudolf Wölfl

Beste Bezugsquelle für Arbeiter!

Oskar Köhler Nachf.

Möbelhaus Rudolf Wölfl

Beste Bezugsquelle für Arbeiter!

Oskar Köhler Nachf.

Möbelhaus Rudolf Wölfl

Beste Bezugsquelle für Arbeiter!

Oskar Köhler Nachf.

Friedrich Witzschel

Glau & Pötschke

Uhren aller Art / Goldwaren

Kahl's Möbelhaus

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Herbert Blechschmidt

Warenhaus Meidner & Co.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Proze

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Lebensmittel-Geschäft

Uhren aller Art / Goldwaren

Kahl's Möbelhaus

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Herbert Blechschmidt

Warenhaus Meidner & Co.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Proze

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Wäsche-Weinert

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Fahrräder

Dresden-Pieschen

Trachenberge

Dresden-A.

Möbel Konkordienstraße 38-40 MAX HÖHNEL

Kaplan's Großwäscherei

Spezialgeschäft Steinhardt & Kahlenberg

Hans Georg Bräuer

Möbel aller Art

Polster-Möbel

Kaufhaus Fanger

Weltspiegel-Lichtspiele

Konditorei, Brot-, Weiß-, Feinbäckerei

Tambour - Kaffee - Rösterei

Molke-Apotheke

Hommels Schokoladenhaus

Lebensmittel

Butterspezialgeschäft

Ledersohlen / Lederabfälle

Hirsch-Drogerie

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Lebensmittelgeschäft

Matthias & Co.

Dresden-Milch

OTTO SCHMIEDER

Dresden-Übigau

Dresden-Reich

Antonmarkthalle

Seldnitz